

Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Studierende mit Behinderung oder chron. Erkrankung

An: Senat und Studierendenrat der Universität Freiburg **30.11.2022**
Von: Solveig Roscher
Betreff: Tätigkeitsbericht der vom Senat bestellten Beauftragten für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung für den Zeitraum 01.10.2021 bis 30.09.2022

Einleitung:

Die Stelle der Beauftragten für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ist der Prorektorin für Universitätskultur unterstellt und räumlich im Service Center Studium untergebracht. Der Beschäftigungsumfang beträgt regulär 50%. Durch die Sondermittel des Landes Baden-Württemberg zur Abmilderung von Lernrückständen als Folge der pandemiebedingten Maßnahmen konnte die Stelle der Beauftragten vom 15.03.2022 bis 31.12.2022 um 25% aufgestockt werden. Zusätzlich wurde die Stelle einer Hilfskraft von ca. fünf Std./Woche vom 15.04.2022 bis 31.12.2022 eingerichtet.

Seit Juni 2021 wird zudem eine Hilfskraftstelle von sechs Std./Woche im Rahmen des Projekts „Studis helfen Studis“ durch die finanziellen Mittel des Vereins *Alumni Freiburg* der Universität ermöglicht. Die finanziellen Mittel des Projekts laufen Ende des Jahres 2022 aus.

Gemäß § 30 der Grundordnung der Albert-Ludwigs-Universität in Verbindung mit § 2 Abs. 3 LHG wird der oder die Beauftragte auf Vorschlag des Rektorats vom Senat für jeweils drei Jahre bestellt. Solveig Roscher, die das Amt innehat, befindet sich in der ersten Amtsperiode, die am 14.11.2024 endet. Der vorliegende Tätigkeitsbericht wird gemäß § 30 Abs. 4 Satz 3 für den Senat und den Studierendenrat der Universität Freiburg erstellt.

1. Beratung der Studierenden

1.1 Entwicklung der Fallzahlen

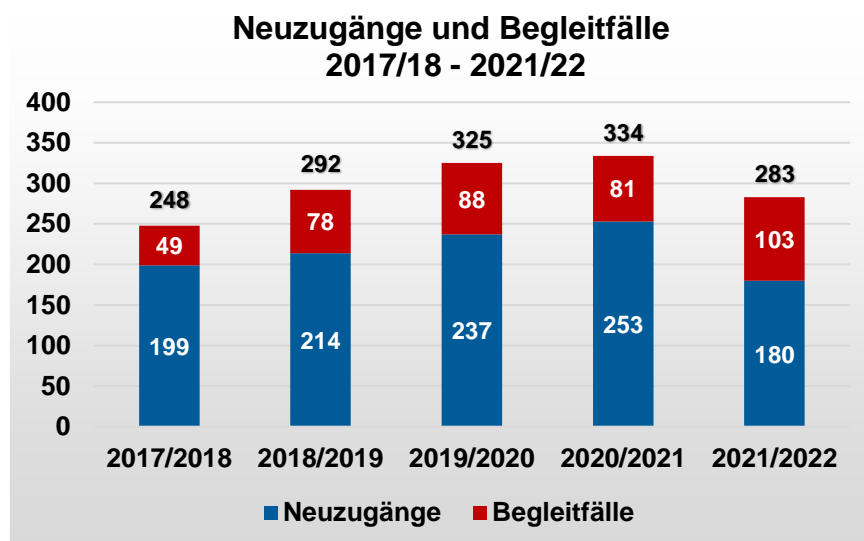


Abbildung 1

Die absoluten Fallzahlen in der Beratung sind bis zu ihrem Höchststand von 334 Fällen im akademischen Jahr 2020/2021 stetig gestiegen. Wie in der Präsentation des Vorjahres erläutert wurde, lässt sich das besonders hohe Aufkommen an Anliegen in den Jahren 2019/2020 und 2020/2021 mit den Folgen der Pandemie und dem

Wegfall von Präsenzveranstaltungen begründen.¹ Im Jahr 2021/2022 sind die Fallzahlen auf das Niveau des Jahrgangs 2018/2019 vor der Pandemie gesunken, da weniger Neuzugänge verzeichnet wurden. Allerdings liegt der Beratungsbedarf weiterhin auf vergleichsweise hohem Niveau. Außerdem ist eine Zunahme der Begleitfälle zu erkennen, d.h. von Studierenden mit Behinderung/chronischer Krankheit, die bereits in der Erstberatung waren und weiterhin bzw. erneut Beratungsbedarf haben. Diese Studierenden ließen sich insbesondere wegen einer Wiedererkrankung oder administrativen Schwierigkeiten bei der Stellung von Anträgen beraten.

1.2 Fallbezogene Beratung

Zur Bewertung der Situation Studierender mit Behinderung/chronischer Krankheit an der Universität sollte neben der Analyse der absoluten Fallzahlen zusätzlich eine qualitative Perspektive auf die Bedarfe der Ratsuchenden eingenommen werden. Dieser Blick zeigt, dass der Hilfebedarf und der damit zusammenhängende Arbeitsaufwand je nach Fall stark variieren. Typische Themen aus der Beratung, die eine vergleichsweise schnelle Bearbeitung mit sich bringen, sind beispielsweise Nachfragen zu den Formalitäten von Anträgen auf Nachteilsausgleiche und Härtefälle oder die Vermittlung von weiteren Beratungsangeboten (Psychosozialberatung, BAföG-Beratung, Selbsthilfe...). Sie werden meist von Studierenden gestellt, die weitgehend selbstständig agieren können, Hilfsangebote kennen oder/und bereits ein enges Netz an Unterstützung durch ihr soziales Umfeld oder ihre Assistenzpersonen mitbringen.

Anfragen zu komplexeren Fragestellungen sowie die Vermittlung von Studienassistenten bringen einen deutlich höheren und zeitaufwendigeren Unterstützungsbedarf mit sich. Zum einen werfen Anfragen zu passgenauen Nachteilsausgleichen in bestimmten Anwendungsbereichen immer wieder die komplexe Frage auf, durch welche nachteilsausgleichenden Maßnahmen die Leistungsanforderungen beibehalten werden und vergleichbar bleiben (bspw. Klausurzeitverlängerung bei Legasthenie in Naturwissenschaften, Nichtwertung der Rechtschreibung in Klausuren, insbesondere in den Lehramtsstudiengängen, oder Umgang mit einer posttraumatischen Belastungsstörung, z.B. Leistungsnachweis Schwimmen im Sportstudium). Zum anderen gestaltet sich die Vermittlung von Hilfsangeboten schwierig, wenn die Ratsuchenden keine europäische Staatsbürgerschaft haben, geflüchtet oder nicht in Deutschland wohnhaft sind. In diesen teilweise sehr individuellen Fällen sind zunächst die rechtlichen Ansprüche zu prüfen.

Besonders intensiven Unterstützungsbedarf benötigen Studierende, die eine Studienassistentin, bspw. für die Begleitung in Veranstaltungen oder als Hilfe bei der Studienorganisation, beantragen. Sie werden von der Beauftragten zu den Rahmenbedingungen des Antrags beraten und erhalten Informationen über die Möglichkeiten, eine geeignete Assistenzperson zu finden. Außerdem verfasst die Beauftragte für die Stellung des Antrags eine Stellungnahme und wird im Laufe des Verfahrens von den Ämtern als Ansprechperson hinzugezogen. Im Berichtszeitraum beantragten 13 Personen Studienassistenten, in der Mehrzahl dieser Fälle steht die erfolgreiche Vermittlung einer Assistenzperson noch aus. Den größten Anteil machten in diesem Zusammenhang Menschen im Autismus-Spektrum aus (sechs Personen). Außerdem beantragten Studierende mit psychischen Erkrankungen, wie Depression und posttraumatischer Belastungsstörung, oder der Teilleistungsschwäche ADHS eine Assistenz. Allerdings bringt der Weg vom Antrag hin zur aktiven Unterstützung durch eine geeignete Assistenzperson meist einen langwierigen Verwaltungsprozess von mehreren Monaten mit sich: So empfinden viele Studierende den Antrag als schwer zu verstehen und aufwendig. Besonders problematisch sind die langen Wartezeiten bis zur Bearbeitung der Anträge durch die zuständigen Ämter. In manchen Fällen wurde der gewünschte und von der Beauftragten empfohlene Stundenumfang an Assistenz abgelehnt. Zusätzlich gestaltet sich die Suche nach einer geeigneten Assistenzperson, meist getätigt über die internen Plattformen der Universität, ebenfalls als zeitaufwendig. Fungieren die Studierenden im Rahmen des durch die Eingliederungshilfe finanzierten persönlichen Budgets selbst als Arbeitgeber*innen, erhöht sich für sie zudem der Verwaltungsaufwand durch die offizielle Anmeldung der Assistenzpersonen. Somit sind die betreffenden Studierenden durch die lange Wartezeit auf personelle Unterstützung in der Ausübung ihres Studiums und der Chance auf einen erfolgreichen Abschluss erheblich benachteiligt.

¹ Besa et al. (2021): Stu.diCo II – Die Corona Pandemie aus der Perspektive von Studierenden. Universitätsverlag Hildesheim. S. 17ff. Verfügbar unter: <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1256> . Zuletzt aufgerufen am 08.11.2022

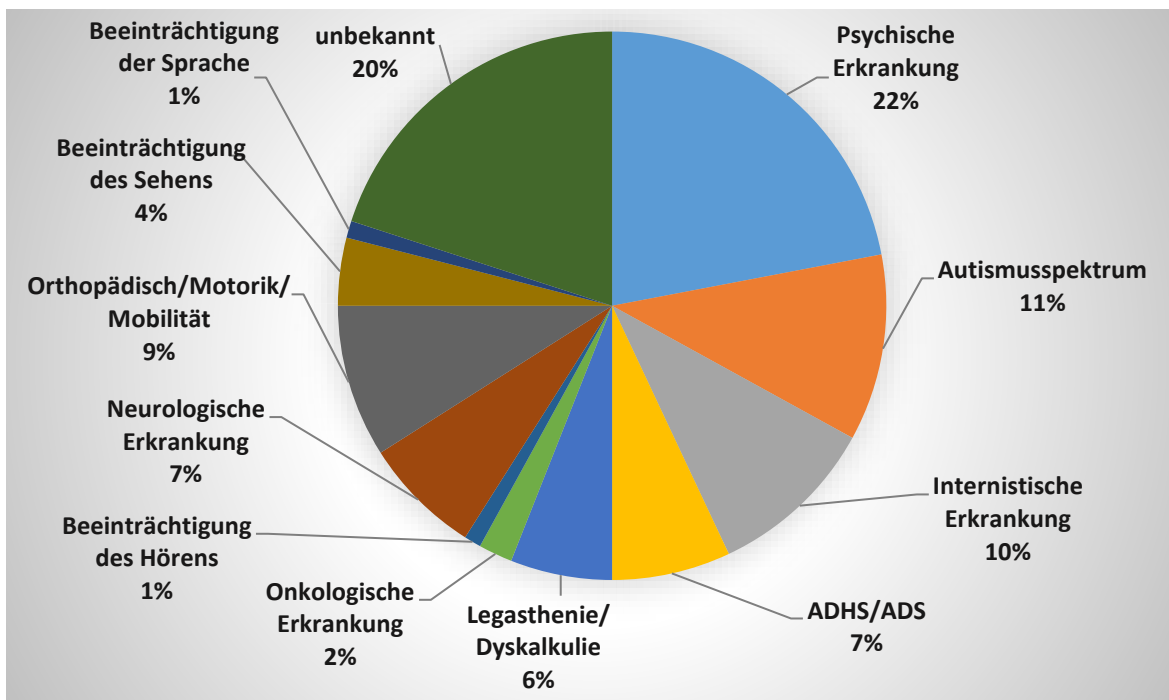


Abbildung 2

Wie in den Vorjahren machten Studierende mit psychischen Erkrankungen auch im akademischen Jahr 2021/2022 die größte Gruppe an Ratsuchenden in der Erstberatung aus (21,6%). Allerdings hat sich ihr Anteil im Vergleich zu den beiden letzten Jahren (2019/2020: 35,5%; 2020/2021: 41,1%) deutlich verkleinert. Dies könnte an der stetigen Abnahme der pandemie-bedingten Symptomen psychischer Erkrankungen in den vorangegangenen Jahren liegen. Allerdings ist zu beachten, dass bei einem Fünftel der Fälle die Erkrankungsform nicht bekannt ist. Somit kann über diesen vergleichsweise großen Anteil keine Aussage getroffen werden. 11,4% der Neuzugänge haben eine Autismus-Spektrum-Störung. Oftmals konnte diesen Studierenden insbesondere mit der Vermittlung von Studienassistenten Unterstützung angeboten werden. Unter internistischen Erkrankungen sind Studierende mit Diabetes, chronischen Darmentzündungen oder Rheuma zusammengefasst (10,2%). Bei Einschränkungen der Mobilität und Motorik (9 %) sowie bei Beeinträchtigungen des Sehens (3,6%) und Hörens (1,2%) werden in der Beratung Möglichkeiten zur baulichen und technischen Barrierefreiheit besprochen. Besonders erschwerend wirken sich wegen der plötzlich auftretenden Symptome chronische, schubweise auftretende Krankheitsbilder wie Darmerkrankungen oder neurologische Erkrankungen (7,2%) wie Multiple Sklerose, Migräne oder Epilepsie aus. In diesen Fällen berät die Beauftragte meist zu stressreduzierenden Maßnahmen und dem Umgang mit der Anwesenheitspflicht. Bei den Symptomen von ADHS/ADS (7,2%) und Legasthenie/Dyskalkulie (6%) müssen häufig passende Nachteilsausgleiche und deren rechtliche Grundlage geprüft werden. Problematisch ist, dass Studierenden mit ADHS/ADS nach aktueller Rechtsprechung keine Zeitverlängerung für Klausuren zusteht, da Konzentration meist zum Leistungsbild von Prüfungen gehört. Bei Studierenden mit Legasthenie ist immer wieder zu klären, ob die Leistungsanforderungen durch Nachteilsausgleiche wie die Nicht-Wertung der Rechtschreibung oder einer Klausurzeitverlängerung unberührt bleiben.

Tabelle 1

Anfragen von Neuzugängen Studienjahr 2021/22			
Bereiche	absolut	Prozent	
Studieninteressierte	36	20,0%	
Fakultäten	96	53,3%	
Philosophische Fakultät	18	10,0%	
Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät	15	8,3%	
Medizinische Fakultät	12	6,7%	
Fakultät für Umwelt und natürliche Ressourcen	9	5,0%	
Technische Fakultät	9	5,0%	
Rechtswissenschaftliche Fakultät	5	2,8%	
Philologische Fakultät	5	2,8%	
Fakultät für Chemie und Pharmazie	5	2,8%	
Fakultät für Mathematik und Physik	4	2,2%	
Theologische Fakultät	3	1,7%	
Fakultät für Biologie	3	1,7%	
University College Freiburg	8	4,4%	
Sonstige	24	13,3%	
Erasmus Incomings	7	3,9%	
Sprachlehrinstitut	2	1,1%	
Promotion	1	0,6%	
Uni-Mitarbeitende (Lehre, Verwaltung, Hausdienst usw.)	7	3,9%	
Externe Stellen (Ärzt*innen, Sozialdienste, Dienstleister*innen)	7	3,9%	
Ohne Angaben	24	13,3%	
Gesamt	180	99,9%	

In der Beratung waren Studierende aus allen Fakultäten und Einrichtungen präsent. Etwa 20% der Anfragen kamen von Studieninteressierten und potentiellen Studienbewerber*innen (vgl. Tabelle 1). Bei ca. 13% der Ratsuchenden blieb die Fakultätszugehörigkeit unbekannt. Hinsichtlich der absoluten Fallzahlen waren die Philosophische Fakultät (10,0%), Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät (8,3%) und die Medizinische Fakultät (6,7%) die drei am häufigsten vertretenen universitären Einrichtungen. In Relation zur Gesamtanzahl der Studierenden der einzelnen Fakultäten bzw. universitären Einrichtungen (Stand WS 2021/22², vgl. Abbildung 3) zeigt sich, dass das University College Freiburg mit 2,5% den deutlich größten Anteil in der Erstberatung ausmachte. Den zweitgrößten Anteil machten Anfragen von Studierenden der Theologischen Fakultät aus (1,3%). Die Anteile der weiteren Fakultäten und Bereiche in Relation zu ihrer Gesamtgröße verteilten sich zwischen 0,6% und 0,1%. Diese Ergebnisse müssen in keinem kausalen Zusammenhang mit der tatsächlichen Anzahl an erkrankten Studierenden stehen. Mögliche weitere Gründe für die unterschiedlichen Anteile in den Fakultäten können beispielsweise die thematische Sensibilisierung der Fakultätsangehörigen sowie die Kenntnis des Beratungsangebots durch die Bewerbung und Weiterleitung der Ansprechstellen vor Ort sein.

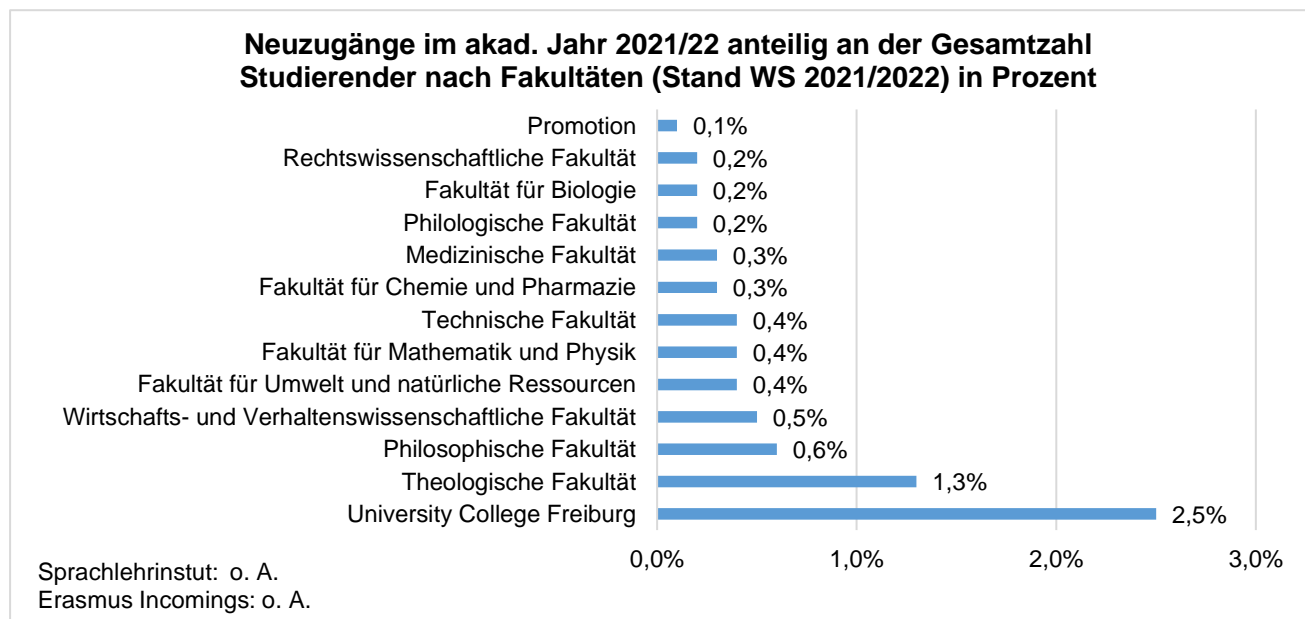


Abbildung 3

² Fakultätszahlen im Überblick. Excel-Datei verfügbar unter: <https://www.statistik.uni-freiburg.de/stat/fak> . Zuletzt aufgerufen am 08.11.2022

1.5. Neuzugänge 2021/2022 nach Geschlechtszugehörigkeit

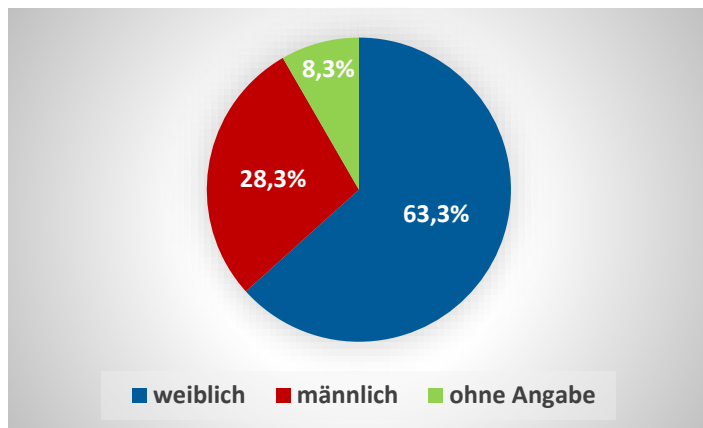


Abbildung 4

Fast zwei Drittel der ratsuchenden Studierenden sind weiblich (64,3%). Diese Ungleichverteilung spiegelt den Forschungsstand zur geschlechterspezifischen Inanspruchnahme von psychosozialen Beratungsangeboten und therapeutischen Praxen wider, der davon ausgeht, dass Männer seltener an Angeboten zur Gesundheitsförderung teilnehmen als Frauen. Bspw. zeigen Mack et al. in einer Studie aus dem Jahr 2014 auf, dass psychisch erkrankte Frauen in einem Jahr doppelt so häufig Gesundheitsleistungen wahrnehmen wie Männer.³

2. Auffälligkeiten

Trotz der Rücknahme eingreifender Maßnahmen in den universitären Lehrbetrieb zur Eindämmung der Pandemie ist das Thema in der Beratung weiterhin präsent. Zum einen informierten sich Ratsuchende, die bei einer Covid-19-Erkrankung zur Risikogruppe gehören, über den Umgang mit der Lehre in Präsenz. Zum anderen wurden die Folgen der Pandemie als einschneidendes Erlebnis wahrgenommen, das sich als Stressfaktor negativ auf die soziale, psychische und gesundheitliche Situation der Studierenden ausgewirkt hat. So werden die fehlenden sozialen Kontakte und der strukturärmere Studienalltag zur Zeit der digitalen Lehre immer wieder als Belastung beschrieben, von der die aktuelle Studiensituation weiterhin geprägt ist. Insbesondere die Studienanfänger*innen aus den Jahrgängen 2020/2021 berichten von fehlendem Anschluss im Studium und fehlenden Freundschaften. Viele Studierende entwickelten depressive Symptome. Bei einigen Studierenden, die bereits chronisch und/oder psychisch erkrankt waren, verstärkten sich die Anzeichen ihrer Erkrankung. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass das Angebot psychotherapeutischer Unterstützung im Kreis Freiburg häufig lange Wartezeiten mit sich bringt. Diese ohnehin erschwerende Sachlage wirkt sich im Besonderen erschwerend auf die gesundheitliche Situation Studierender aus, die von akuten psychischen Krisen berichteten.

Auch die Bearbeitung von Anträgen auf soziale Leistungen durch die kommunalen Ämter bedeuteten wie bereits erwähnt oftmals Wartezeiten von mehreren Monaten. Hier gestaltete sich, neben den erläuterten und bereits oben ausgeführten Schwierigkeiten der zeitnahen Bearbeitung von Anträgen auf Studienassistenten, auch die Antragsstellung auf den Ausweis einer (Schwer-)behinderung ebenso langwierig. Dieser ist insbesondere für internationale Studierende von Vorteil, die aufgrund einer vorliegenden Schwerbehinderung von den Studiengebühren befreit werden.

3. Weitere Tätigkeiten

3.1 Beratung von Fakultäten und sonstigen universitären Einrichtungen

Eine weitere Tätigkeit der Beauftragten ist es, als Ansprechperson für Dozierende, bspw. zum Umgang mit Studierenden im Autismus-Spektrum oder psychisch stark belasteten Studierenden, zu fungieren. Darüber hinaus nahmen Prüfungsämter und einzelne Studienfachberatungen mit ihr Kontakt auf, um Anliegen zu nachteilsausgleichenden Maßnahmen zu besprechen oder weitere Hilfsangebote für die Studierenden zu eruieren.

³ Mack et al (2014): Self-reported utilization of mental health services in the adult German population – evidence for unmet needs? Results of the DEGS1-Mental Health Module (DEGS1-MH): Utilization of Mental Health Services in Germany. International Journal of Methods in Psychiatric Research. 23(3). S. 289–303

3.2 Anliegen zur Barrierefreiheit

Anliegen zur Barrierefreiheit der universitären Veranstaltungen werden bei der Beauftragten immer wieder vorgebracht. Gemäß LBO §39 Abs. 1 und 2 sind Hochschulen/Universitäten „so herzustellen, dass sie von diesen Personen [Menschen mit Behinderung oder alten Menschen] zweckentsprechend ohne fremde Hilfe genutzt werden können (barrierefreie Anlagen).“ Diesem Ziel kommt die Universität an vielen Orten nicht nach. Aufgrund bestehender räumlicher und technischer Barrieren müssen diese immer wieder durch Räumänderungen umgangen werden. Dies bedeutet für alle Angehörigen der Universität mit Beeinträchtigung sowie das organisatorisch beteiligte Personal einen erheblichen Aufwand. Ein aktueller Fall (Stand 08.11.2022) macht die schwerwiegenden, benachteiligenden Folgen von fehlender räumlicher Barrierefreiheit an der Universität deutlich: Aufgrund eines defekten, nicht rechtzeitig vor Vorlesungsbeginn gewartetem Treppenlift, ist der größte Hörsaal der Universität, HS 1010 im KG 1, auf Weiteres nicht barrierefrei zugänglich. Aus diesem Grund können seit Beginn des Wintersemesters 2022/2023 ein Student und eine GasthörerIn mit Gehbeeinträchtigung an insgesamt drei Veranstaltungen nur digital teilnehmen. Raumänderungen und die Möglichkeit eines Transportdienstes waren in diesen Fällen nicht möglich. Den Betroffenen ist das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe an Bildung verwehrt. Die Beauftragte hat das Anliegen an die Leitung herangetragen und informiert die Betroffenen über ihre Handlungsmöglichkeiten. Sie setzt sich für eine zeitnahe Klärung des Falls und langfristige barrierefreie Lösungen ein.

3.3 Informationsmaterialien und Berichte

Zur Bewerbung der vorhandenen Unterstützungsangebote wurde zum einen ein Projektbericht über das Angebot der Peer-to-Peer-Beratung „Studis helfen Studis“ veröffentlicht.⁴ Außerdem erstellte die Beauftragte in Absprache mit der Rechtsabteilung ein aktualisiertes Merkblatt mit Informationen über nachteilsausgleichende Maßnahmen in Studien- und Prüfungsleistungen⁵, welches an die Prüfungsämter mit Bitte zur Veröffentlichung auf den eigenen Homepages versendet wurde. Das Merkblatt ist auch in englischer Sprache verfügbar⁶.

Zudem werden aktuelle Informationen über universitäre, städtische und allgemeine Unterstützungsangebote auf der Homepage „Studieren mit Behinderung oder chronischer Erkrankung“ stetig eingepflegt.⁷ In diesem Zuge wurde der Flyer „Studieren mit Behinderung oder chronischer Erkrankung in Freiburg“⁸ in gedruckter Ausgabe sowie online verfügbar aktualisiert.

3.4 Antrag auf Sondermittel des Landes Baden-Württemberg

Im Zuge der erfolgreichen Beantragung von Sondermitteln des Landes Baden-Württemberg zur Abmilderung von Lernrückständen als Folge der pandemiebedingten Maßnahmen durch die Beauftragte konnte eine Stellenerhöhung von 25% ihrer Tätigkeit vom 15.03.2022 bis 31.12.2022 ermöglicht werden. Zusätzlich wurde die Stelle einer Hilfskraft von ca. fünf Std./Woche vom 15.04.2022 bis Ende des Jahres bewilligt. Zu ihren Tätigkeiten gehört die Bereitstellung eines niedrigschwelligen Gesprächsangebots (Peer-to-Peer) sowie der Einsatz als Notfall-Studienassistent. Dieses Angebot wird von den Studierenden stark nachgefragt. Es ist insbesondere für Studierende mit akutem und hohem Unterstützungsbedarf von großer Bedeutung.

⁴ Verfügbar unter: <https://www.alumni-foerdern.uni-freiburg.de/jahresbericht-fuer-das-projekt-studis-helfen-studis-2021/> . Zuletzt aufgerufen am 08.11.2022.

⁵ Verfügbar unter: <https://www.studium.uni-freiburg.de/de/beratung/studieren-mit-behinderung-oder-chronischer-erkrankung/docs/uni-freiburg-merkblatt-zum-nachteilsausgleich.pdf>

⁶ Verfügbar unter: <https://www.studium.uni-freiburg.de/en/counseling/studying-with-a-disability-or-chronic-illness/docs/information-on-disadvantage-compensation-for-students-with-disabilities-chronic-illnesses>

⁷ Verfügbar unter: <https://www.studium.uni-freiburg.de/de/beratung/studieren-mit-behinderung-oder-chronischer-erkrankung/studieren-mit-behinderung-oder-chronischer-erkrankung>

⁸ <https://www.studium.uni-freiburg.de/de/beratung/studieren-mit-behinderung-oder-chronischer-erkrankung/docs/Uni-Freiburg-Flyer-Studieren-mit-Beeintraehtigung.pdf>

4. Personelle Situation

Der Beschäftigungsumfang von 50% ist seit Jahren nicht ausreichend, um der Nachfrage von Ratsuchenden fachgerecht nachkommen zu können und auf strukturelle Veränderungen hin zu einer inklusiv denkenden und lebenden Universität einzuwirken. Die quantitative und qualitative Analyse der Fallzahlen zeigen auf, dass die Folgen der Pandemie diese Situation verschärft haben. Gleichzeitig ist vor dem Hintergrund inklusiver Lehrpläne der Regelschulen sowie dem entsprechend wachsenden Selbstverständnis der Studierenden, Hilfsangebote von ihrer Bildungsinstitution zu erhalten, von steigenden Fallzahlen auszugehen. Zudem bringen inhaltlich komplexe Fragestellungen und der hohe Unterstützungsbedarf einzelner Fälle einen großen Zeitaufwand mit sich. Der erhöhte Stellenumfang und die zusätzliche Hilfskraft stellen deshalb eine notwendige und positive Entwicklung dar, sind aber leider zeitlich befristet und konnten bisher nicht nachhaltig verankert werden.

Aufgrund der knapp bemessenen personellen Ressourcen wurde das Projekt „Studis-helfen-Studis“, das der Vernetzung von behinderten und nicht-behinderten Studierenden dienen sollte und vom Verein *Alumni Freiburg* finanziert wurde, im Sommer 2022 beendet. Somit bleibt den betroffenen Studierenden nun ein Angebot verwehrt, das es ihnen gemäß dem Bottom-Up-Prinzip ermöglicht hat, sich selbst niedrigschwellig zu vernetzen und zu unterstützen. Eine weitere Konsequenz der knappen zeitlichen Kapazitäten der Beauftragten besteht darin, dass selbst bei dem befristet erhöhten Beschäftigungsumfang von 75% nur eine begrenzte und teilweise nicht ausreichende Unterstützung bei der Antragstellung auf Nachteilsausgleich und soziale Leistungen erfolgen konnte. Dies kann dazu führen, dass den Studierenden die Hilfen nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen oder ihnen im schlimmsten Fall der Zugang verwehrt bleibt. Zu vermuten ist außerdem, dass durch fehlerhafte Anträge der Betroffenen auf Nachteilsausgleiche ein Mehraufwand bei der Bearbeitung für die Prüfungsämter entsteht.

Um Benachteiligungen der Zielgruppe nachhaltig entgegen wirken zu können und ein inklusives Studium zu gewährleisten, sind strukturelle Veränderungen des universitären Lebens notwendig (z.B. die Erarbeitung inklusiver Prüfungsordnungen). Aufgrund der Auslastung der Beauftragten gibt es kaum Chancen auf eine breitgefächerte Vernetzung und Angliederung der Thematik an andere studienrelevante Bereiche. Auch eine organisatorische Beteiligung an thematisch angrenzende Veranstaltungen (bspw. dem Mental Health Day) war leider nicht möglich.